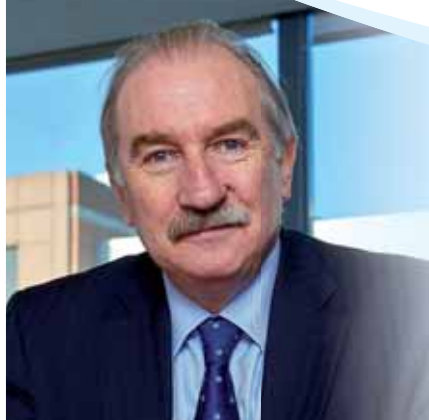




EWSA info

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss
Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft
Mai 2016 | DE



LEITARTIKEL Liebe Leserinnen und Leser,

ein weiterer Monat ist vergangen, und während sich das emotionale Chaos infolge der Brüsseler Terroranschläge allmählich legt und Besonnenheit einkehrt, schaut die Welt nach wie vor auf Europa und seine Herausforderungen: Migration, Brexit, die griechische Schuldenkrise, um nur einige wenige zu nennen.

Die meisten dieser Probleme gären unter der Oberfläche weiter. Ein heiß diskutiertes Abkommen mit der Türkei ist immer noch nicht unterschriftsreif, und seine Folgen sind in ihrer Gänze noch nicht absehbar. Glauben wir wirklich, dass es eine dauerhafte Lösung für diese zunehmenden Migrationsströme bieten kann, die – darin sind sich alle Experten einig – noch weiter zunehmen werden? Wo ist denn die europäische Lösung, die der EWSA gefordert hat?

Ein weiteres heißes Eisen ist der Brexit. Wird es am 23. Juni „abkuehlen“, oder werden wir uns alle – nicht nur das Vereinigte Königreich, sondern auch das übrige Europa – an den unvorstellbaren Folgen eines EU-Austritts verbrennen? Ich bin ein überzeugter Verfechter Europas und hoffe inständig, dass sich das „In“-Lager am Ende durchsetzen und die Vernunft siegen wird. Ich komme aus Nordirland, und Europa verkörpert so viel von dem, was wir durch das Schließen von Brücken zwischen den Bevölkerungsgruppen erreicht haben. Ein „Ja“ für den Austritt könnte die Brücken zum Rest Europas und sogar zur ganzen Welt zum Einsturz bringen.

Und die griechische Schuldenkrise? Während die Politiker damit beschäftigt waren, Flüchtlinge von Europa fernzuhalten und Großbritannien am Austritt zu hindern, kam die „Mutter aller EU-Krisen“, wie es vorige Woche in der Financial Times hieß, „langsam aber sicher wieder in Fahrt“. Bleibt die nächste Tranche des Rettungspakets aus, dann geht mit einem eventuellen Zahlungsausfall der Grexit-Spuk erneut los.

Die EU muss für diese Herausforderungen dauerhafte Lösungen finden, wenn sie das Vertrauen der Öffentlichkeit, das sie in den letzten Jahren verloren hat, zurückgewinnen möchte. Das einstige Dauerschlachtfeld Europa ist in den Augen der Welt nunmehr zu einem Sinnbild für anhaltenden Frieden, Demokratie, Wohlstand und Offenheit geworden. Deshalb muss Europa Lösungen bieten, die seines würdig sind: mutig, innovativ und menschlich. Der EWSA möchte mit seinen Ideen und Vorschlägen zu dieser gemeinsamen europäischen Anstrengung beitragen. Hört uns da draußen jemand zu?

Michael Smyth

Vizepräsident des EWSA mit Zuständigkeit für den Haushalt

BITTE VORMERKEN

**25./26. Mai 2016/
EWSA, Brüssel:**
EWSA-Plenartagung

**28. Mai 2016/
EWSA, Brüssel:**
Tag der offenen Tür

IN DIESER AUSGABE

2 Zivilgesellschaft muss in alle Aspekte der Energieunion eingebunden werden

3 Digital Day im EWSA

4 EWSA-Konferenz zur Luftverkehrsstrategie für Europa

IN KÜRZE IM EWSA

Die Niederlande: einfallsreich & zukunftsorientiert

Ab dem 25. Mai 2016 beherbergt der EWSA eine Ausstellung, die kreative niederländische Wirtschaftszweige zeigt, die auf Delta- und Meerestechnologie, Innovation und Nachhaltigkeit spezialisiert sind. Die Ausstellung wird in Zusammenarbeit mit dem niederländischen EU-Ratsvorsitz organisiert und ist im Foyer 6 des JDE-Gebäudes zu sehen. Sie dauert bis zum 24. Juni 2016. (sk/dm)



© Netherlands Enterprise Agency

EWSA: Integration als wechselseitiger Prozess nutzt Flüchtlingen und Einheimischen



Berichterstatterin Christa Schweng und Mitberichterstatter Panagiotis Gkofas

In seiner im April verabschiedeten Stellungnahme erklärt der EWSA, dass integrationspolitische Maßnahmen im Fokus stehen sollten und bewährte Methoden genutzt werden müssen, um Ergebnisse zu erzielen. Wenn die Integration gelingt, wird sie zu sozialem Zusammenhalt, Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen in

Europa führen. Um ein positives Klima für die Neuankommlinge zu schaffen und die volle Unterstützung der Öffentlichkeit zu erhalten, muss man mit den Interessenträgern im Aufnahmeland – Medien, örtlichen Behörden, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden, nichtstaatlichen Organisationen – besser kommunizieren und sie einbinden.

Der EWSA fordert Investitionen in gezielte Maßnahmen wie Sprach- und Berufsausbildung. Dazu sagte die Berichterstatterin, Frau Schweng: „Mit dem Sprachunterricht sollte bald nach der Registrierung begonnen werden, wenn eine positive Entscheidung über den Asylstatus zu erwarten ist. Der Unterricht sollte auch grundlegende Informationen über Wertvorstellungen, kulturelle Aspekte und Verfahren umfassen. Außerdem sollten Qualifikationen ermittelt werden.“ Es sollte für eine rasche schulische Integration unbegleiteter Minderjähriger bzw. für eine Beratung über Berufsausbildungsmöglichkeiten gesorgt werden. „Wir sind der Überzeugung, dass die Integration von Flüchtlingen für unsere Gesellschaften ein absolutes Muss ist, wenn wir den sozialen Zusammenhalt bewahren wollen. Fehlende Integration kann zu Parallelgesellschaften führen, die die Aufnahmeländer destabilisieren könnten. Es ist deshalb in unserem eigenen Interesse, Integrationsmaßnahmen so früh wie möglich einzuleiten“, so Frau Schweng und der Mitberichterstatter, Herr Panagiotis Gkofas. (cad)

EWSA fordert schärfere Rechtsvorschriften über Schusswaffen im Interesse der öffentlichen Sicherheit

Die jüngsten tragischen Ereignisse in Europa haben die Diskussion über die Änderung der Richtlinie über den Erwerb und Besitz von Waffen intensiviert. Die öffentliche Sicherheit ist zunehmend bedroht, und es muss dringend gehandelt werden, damit Schusswaffen nicht mehr so leicht beschaffbar sind und radikalen Gruppen, kriminellen Organisationen und gestörten Einzeltätern in die Hände fallen können.

Der EWSA sieht in den vorgeschlagenen Präzisierungen von Begriffsbestimmungen und den neuen, kohärenteren Vorschriften für die Kennzeichnung und die Vernichtung von Waffen eine erhebliche Verbesserung. Er dringt jedoch darauf, dass die Vorschriften über Schusswaffen mehr sein sollten als nur die unmittelbare Reaktion auf die jüngsten Terroranschläge. In seiner auf der Plenartagung im April verabschiedeten Stellungnahme zur Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen regt der Ausschuss verschiedene spezielle Maßnahmen an. Angesichts der Bedeutung der Rückverfolgbarkeit nicht nur der Waffen, sondern auch der Munition sollte die Industrie veranlasst werden zu prüfen, wie die Projektile mit einer unauslöschlichen

Markierung versehen werden können, da an Tatorten normalerweise Projektile und nicht die Waffen selbst gefunden werden und eine solche Kennzeichnung eine wichtige Informationsquelle für polizeiliche Ermittlungen sein kann. Nach Überzeugung des EWSA würden solche Daten, wenn sie in interoperablen, behördlich geführten Datenbanken zur Verfügung stünden, die Ermittlungen wesentlich effizienter machen.

Eine weitere Möglichkeit wäre es, dem Beispiel der Waffenaufkaufprogramme Australiens und Großbritanniens zu folgen. Australien unternahm 1997 eine radikale Reform seines Waffenrechts, wodurch 700 000 Waffen aus dem Verkehr gezogen wurden und zusammen mit neuen Restriktionen die Zahl von Tötungsdelikten durch Schusswaffengebrauch drastisch gesenkt werden konnte.

Handlungsbedarf besteht auch im Bereich des 3D-Drucks. Technische Neuerungen machen es möglich, Waffen zu fabrizieren, die genauso todbringend wie konventionell hergestellte sind, die aber nicht kontrollierbar oder rückverfolgbar sind und großenteils aus Materialien bestehen, die von normalen



© shutterstock/DmyTo

Sicherheitssystemen nicht erfasst werden können.

Der EWSA befürwortet die Einführung einer obligatorischen, europäischen Mindestqualitätsansprüche genügenden medizinischen Untersuchung der körperlichen und geistigen Gesundheit für die Ausstellung oder Erneuerung von Waffenscheinen. In der Richtlinie könnten jedoch auch Bestimmungen über die Häufigkeit von Schulungen im Umgang mit Feuerwaffen und die sichere Lagerung und den sicheren Transport von Waffen vorgesehen werden. (sg)



Zivilgesellschaft muss in alle Aspekte der Energieunion eingebunden werden



Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič und EWSA-Präsident Georges Dassis

In seiner Stellungnahme zur Lage der Energieunion 2015 (Berichtersterter: Stephane Buffetout, Gruppe Arbeitgeber), die auf der April-Plenartagung verabschiedet wurde, spricht sich der EWSA dafür aus, die soziale Dimension der Energieunion stärker herauszustellen, und ruft die Kommission auf, dies in die Bewertungskriterien des nächsten Jahresberichts aufzunehmen.

Der EWSA hält eine Verbesserung der statistischen Grundlagen des Berichts für erforderlich – einige von ihnen sind veraltet, andere unvollständig oder gar inexistent. Der EWSA merkt auch an, dass sich die Steuerung der Energieunion nicht auf einen rein administrativen Vorgang reduzieren lässt, sondern einen starken politischen Willen und eine gemeinsame Vision der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen erfordert.

Während der Plenumsdebatte mit den EWSA-Mitgliedern dankte Kommissionsvizepräsident Šefčovič dem EWSA für seine Unterstützung der Energieunion und unterstrich die Bedeutung des vom EWSA vorgeschlagenen europäischen Energiedialogs.

In seiner ebenfalls im April verabschiedeten Stellungnahme zur EU-Energiepolitik (Berichtersterter: Vitas Mačiulis, Gruppe Verschiedene Interessen) fordert der EWSA die Kommission und die nationalen Regierungen erneut zu einer umfassenderen Einbindung der Organisationen der Zivilgesellschaft in die Energie-debatte auf.

Eine entscheidende Herausforderung für die EU besteht darin, dass über die Hälfte der verbrauchten Energie aus Importen stammt, die gesichert werden müssen. Der Kreis der Energieimportpartner muss durch die Aufnahme eines Dialogs mit neuen und zuverlässigen Energielieferanten erweitert werden.

Voraussetzung für eine starke externe Dimension der EU-Energiepolitik ist ein gemeinsamer interner Standpunkt der EU. Der EWSA betont, dass trotz unterschiedlicher Energiemixe, Energieimportstrukturen und traditioneller Energiehandelspartner stets „mit einer Stimme gesprochen“ werden muss. (sg)

Die Zeche für Steuervermeidung zahlen Europas Bürger

Aggressive Steuerplanung, die insbesondere von einigen multinationalen Unternehmen betrieben wird, schwächt die Steuerbasis der EU-Mitgliedstaaten in einem Umfang von 50 bis 70 Milliarden Euro jährlich. Die EU will dieser Praxis nun endgültig einen Riegel vorschieben. Der EWSA unterstützt den Kommissionsvorschlag nachdrücklich, fordert jedoch eine noch strengere Haltung gegenüber Steuervermeidern, bei der allerdings durch intensive Verhandlungen im OECD- und G20-Rahmen dafür Sorge zu tragen ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit der EU gesichert bleibt.

In einer **Stellungnahme**, die der EWSA auf seiner Plenartagung im April verabschiedete, schlägt er eine einheitliche Umsetzung der Vorschriften in den Mitgliedstaaten in Anlehnung an den OECD-Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (BEPS) vor. Weiterhin fordert er die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre Verhandlungen auf internationaler Ebene im OECD- oder G20-Rahmen zu intensivieren, um eine einheitliche Umsetzung in der OECD, einschließlich in den USA, sicherzustellen.

„Steuern sind ein wichtiges Instrument der Staaten zum Abbau gesellschaftlicher Ungleichheiten. Wir benötigen sie für unsere Infrastrukturen und Bildungssysteme und um Menschen in Not zu helfen. Somit ist die Steuerumgehung

alles andere als ein Kavaliersdelikt. Tatsächlich werden hier letztendlich der Staat und die Gesellschaft bestohlen“, so der Berichtsterter für die Stellungnahme, Herr Dandea.

Der EWSA empfiehlt, die Switch-over-Klausel (Übergang von der Freistellung ausländischer Einkünfte zu einer Anrechenbarkeit) unmittelbar auf alle Steuerpflichtigen anzuwenden, die Einkünfte in als Steueroasen eingestuften Rechtsgebieten erzielen.

Der EWSA fordert die Kommission auf, in der Richtlinie festzulegen, dass die Mitgliedstaaten die Daten in den Berichten, die dem automatischen Informationsaustausch unterliegen, veröffentlichen müssen. Gleichzeitig meint er jedoch, dass die KMU von dieser Berichtspflicht ausgenommen werden sollten, um ihnen keine unverhältnismäßig hohen Kosten aufzubürden.

Es sollte ein Verzeichnis der Staaten bzw. Rechtsgebiete erstellt werden, die sich weigern, die Vorschriften des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich einzuhalten. Angesichts der Schäden durch die aggressive Steuerplanung an den Steuerbemessungsgrundlagen der Mitgliedstaaten plädiert der EWSA für eine kürzere Frist zur Umsetzung der Richtlinie als die derzeit vorgesehenen drei Jahre. (sma)



© shutterstock/Olivier Le Moal

Gerechtere Mobilität für alle

Die Mobilität der Arbeitnehmer ist ein Grundprinzip der EU und eine der von den Unionsbürgern am meisten geschätzten Errungenschaften. Sie kann Beschäftigungschancen und Wohlstand für die Bürger und Unternehmen in der EU bringen.

2014 gab es in der EU rund 15 Millionen mobile Arbeitnehmer gegenüber knapp 12 Millionen im Jahr 2006. Im selben Jahr lebten und arbeiteten 8,3 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem eigenem. Das entsprach 3,4 % der gesamten Erwerbsbevölkerung. Hinzu kamen noch 1,6 Millionen Grenzarbeiter. „Um erfolgreich zu sein, muss die Freizügigkeit für alle gerecht sein. Die Regelungen müssen Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit gewährleisten“, so Laura González de Txabarri Etxaniz, Berichtsterterin zu diesem Thema. „Unfaire Beschäftigungspraktiken beuten

Arbeitnehmer aus und leisten ‚Sozialdumping‘ Vorschub. Einige Mitgliedstaaten möchten mobilen Arbeitnehmern Sozialleistungen vorenthalten. Andererseits ist das gegenwärtige Klima im Zuge der Migrationskrise für die Mobilität von Arbeitskräften nicht gerade günstig. Europa muss Stärke und Entschlossenheit bei der Wahrung seiner Grundsätze zeigen und den mobilen Arbeitnehmern jetzt stärker denn je helfen“.

In der Stellungnahme werden praktische Lösungen vorgeschlagen, etwa der Ausbau der Arbeitsaufsicht innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten, die Koordinierung der einzelstaatlichen Systeme der sozialen Sicherheit und die Schwerpunktlegung auf die Bedürfnisse entsandter Arbeitnehmer, insbesondere durch die Anhörung der Sozialpartner vor der Überarbeitung des umstrittenen Entsenderichtlinie auf EU-Ebene. (cad)



© shutterstock/Rido

Online-Verträge: EWSA warnt Kommission vor Aushöhlung der Verbraucherrechte

Der EWSA verabschiedete auf seiner Plenartagung im April eine Stellungnahme zu digitalen Vertragsrechten (Berichtersterter: Jorge Pegado Liz), in der die Legislativvorschläge der Kommission zur Bereitstellung digitaler Inhalte und zum Online-Warenhandel beleuchtet werden. Beide Rechtsakte bilden ein Paket mit gemeinsamen Zielen im Rahmen der Strategie für den digitalen Binnenmarkt.

Der EWSA stimmt zu, dass eine Reihe von Problemen in diesem Bereich angegangen werden müssen, lehnt jedoch die von der Kommission gewählte Rechtsgrundlage ab. Nach Ansicht des Ausschusses geht es hier nicht nur um die Vollendung des Binnenmarkts, sondern auch um die Festlegung und den Schutz von Verbraucherrechten. Bei verbraucherpolitischen Maßnahmen wäre eine Mindestharmonisierung

erforderlich, so dass die Mitgliedstaaten höhere Verbraucherschutzniveaus festlegen können.

Der Stellungnahme zufolge ist die unterschiedliche Behandlung von Online- und Offline-Warengeschäften nicht akzeptabel. Diese wäre jedoch das Ergebnis, wenn durch den Vorschlag der Kommission zwei verschiedene Systeme geschaffen würden. Der Ausschuss spricht sich in der Stellungnahme nachdrücklich dafür aus, dass in den Rechtsvorschriften über Online-Verträge dieselben Rechte gelten sollten wie bei Offline-Verträgen (Präsenzgeschäften). Der EWSA erkennt zwar bestimmte Transaktionen mit immateriellen Inhalten als Sonderfall an, spricht sich aber nachdrücklich gegen Maßnahmen aus, die die Verbraucherrechte aushöhlen.



© shutterstock/Max-Studio

Der Ausschuss ist zudem darüber besorgt, dass in den Richtlinien eine ganze Reihe von Aspekten, die der Harmonisierung bedürfen, ausgespart bleibt. Dies gilt z.B. für das Alter, ab dem Jugendliche für Online-Verträge geschäftsfähig sind, und für die Schaltflächen „Jetzt bezahlen“ auf den Seiten bestimmter sozialer Netzwerke ohne einen Verweis auf die Seite einer zuständigen Plattform.

In Bezug auf den Verbraucherschutz bei Online-Käufen immaterieller Güter und insbesondere bezüglich der Datensicherheit und des Schutzes der Privatsphäre müssen nach Ansicht des EWSA dringend klare Regeln festgelegt werden. Das Vereinigte Königreich ist nach wie vor der einzige Mitgliedstaat, der entsprechende Regelungen hat. (sg/dr)

Handel für alle – ein Hebel für gerechtere globale Strukturen

In seiner Stellungnahme zu der Mitteilung Handel für alle – Hin zu einer verantwortungsbewussteren Handels- und Investitionspolitik betont der EWSA, dass Handelsabkommen dazu genutzt werden sollten, die nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte und soziale Rechte, fairen und ethischen Handel sowie die Korruptionsbekämpfung zu fördern. In Bezug auf die neue Mitteilung der Europäischen Kommission „Handel für alle“ macht der EWSA darauf aufmerksam, dass die Zivilgesellschaft stärker in die Verhandlungen und in den Umsetzungsprozess eingebunden werden muss, zumal die zivilgesellschaftlichen Überwachungsmechanismen, die in bestehenden EU-Handelsabkommen für die Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung vorgesehen sind, in der Mitteilung nicht erwähnt werden.

Der Ausschuss ist der Auffassung, dass eine breit angelegte fundierte Debatte sowohl auf europäischer als auch auf mitgliedstaatlicher Ebene dazu beitragen wird, ein größeres Engagement und umfangreichere öffentliche Unterstützung für ein gerechteres Welthandelssystem zu gewährleisten, da die Handelspolitik die europäischen Werte widerspiegeln muss. Der EWSA begrüßt daher die Zusage der Kommission, ein verantwortungsvolles Management globaler Lieferketten zu gewährleisten. Der EWSA hofft, dass die Verbindung zwischen den Handelsabkommen und dem Ansatz der EU zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele berücksichtigt werden wird. (mm)

Wie ernst ist es der Kommission mit der Bürgerbeteiligung? möchte der EWSA am EBI-Tag wissen



„Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein Instrument, das die Bürger zur Mitgestaltung der EU-Politik nutzen können. Die Erfahrungen der ersten fünf Jahre zeigen, dass es nicht gut läuft. Es ist an der Zeit, dass sich die Europäische Kommission die Empfehlungen der Institutionen zu Herzen nimmt“, erklärte EWSA-Vizepräsident Michael Smyth in seiner Eröffnungsansprache zum EBI-TAG 2016, den der EWSA am 20. April in Brüssel veranstaltete. Viele Teilnehmer aus zivilgesellschaftlichen Organisationen waren nicht nur darüber enttäuscht, dass die Kommission die Überarbeitung der EBI verschoben hat, sondern auch darüber, dass EU-Kommissar Timmermans nicht zum EBI-Tag gekommen ist.

Der EWSA ist nicht die einzige Institution, die sich dafür starkmacht, dass die Europäische Bürgerinitiative zu dem wird, was sie laut dem Vertrag von Lissabon sein soll, nämlich ein innovatives Instrument für eine grenzüberschreitende partizipative Demokratie:

- Die Europäische Bürgerbeauftragte hat elf Leitlinien zur Verbesserung erarbeitet;
- das Europäische Parlament verabschiedete eine Entschließung mit klaren, konkreten Vorschlägen für eine Überarbeitung der EBI;
- der Ausschuss der Regionen verabschiedete eine Stellungnahme, in der er eine rasche und grundlegende Überarbeitung der EBI forderte;
- und last but not least räumte auch die Kommission in ihrem Bericht vom April 2015 selbst ein, dass die Organisatoren mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert seien, und schlug Änderungen vor. Doch anstatt diese Nachbesserungen zu liefern, hat sie die Überprüfung der EBI verschoben.

Die wichtigsten Schlussfolgerungen der Anhörung werden in die Stellungnahme zu einer Neugestaltung der EBI einfließen, die der EWSA derzeit erarbeitet. Der EWSA war als Mittler und institutioneller Mentor aktiv in das EBI-Verfahren einbezogen. (sma)

Kreislaufwirtschaft: EWSA fordert mehr Ambition und weitreichendere Ziele

In seiner auf der April-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme zum Kreislaufwirtschaftspaket der Kommission begrüßt der EWSA die Vorschläge als Schritt in die richtige Richtung. Indes muss kritisch hinterfragt werden, ob die vorgesehenen Maßnahmen insgesamt ausreichen, um den Übergang der europäischen Volkswirtschaften hin zu einem echten Kreislaufmodell zu bewerkstelligen, das zur Abkopplung des wirtschaftlichen Wohlstands vom Verbrauch natürlicher Ressourcen führt und vielfältige wirtschaftliche und soziale Vorteile bringt.

Die Hersteller sollten angeregt werden, Geschäftsmodelle mit Leasing und Verkauf des Gebrauchsnutzens von Gütern zur gängigen Praxis zu machen, bei der alle Kosten internalisiert sind und Systeme mit erweiterter Herstellerverantwortung für die Mitgliedstaaten verpflichtend sein sollten. Die Hersteller sollten auch verpflichtet sein, die erwartete Lebensdauer ihrer Erzeugnisse anzugeben.

Bei der anstehenden Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie muss dem EWSA zufolge der komplette Produktlebenszyklus berücksichtigt werden, d. h., Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit, Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Ersatzteilen. Umfassende Informationspflichten seitens der Hersteller über Reparatur-Service und Kundendienst sind vorzusehen. Der EWSA fordert außerdem ein Totalverbot von Produkten mit geplanter Obsoleszenz.

Der EWSA plädiert dafür, Förderinstrumente zu entwickeln, die Menschen mit geringerem Einkommen den Zugang zu qualitativ hochwertigen (zunächst teureren) Gütern und Dienstleistungen ermöglichen. Denkbar wären staatlich geförderte Darlehen oder von den Herstellern unterstützte Finanzierungssysteme mit niedrigen Zinssätzen, die für Produkte mit einer längeren Lebensdauer in Anspruch genommen werden können. Auch eine korrekte Produktkennzeichnung wird zu besseren Verbraucherentscheidungen beitragen.

Nach Meinung des EWSA müssen frühzeitig die potenziellen Verlierer des Wandels ermittelt und angemessene soziale Maßnahmen, einschl. Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen vorgesehen werden. Die erforderliche Bewusstseinsbildung ist ein langfristiger Prozess, der auf die Gesellschaft als Ganzes ausgerichtet werden muss, um grundlegende Verhaltensänderungen anzuregen und zur Entstehung einer neuen Generation verantwortungsbewusster Verbraucher beizutragen.

Der EWSA bietet außerdem an, Netze zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich für den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft einsetzen, aktiv zu unterstützen sowie die Möglichkeit zur Errichtung eines **europäischen Forums für die Kreislaufwirtschaft** zu sondieren, das eine Plattform für die Vernetzung von Ideen, den Austausch von bewährten Verfahren sowie Bewusstseinsförderung bieten würde. (sma)

Die Slowakei bereitet sich vor, den EU-Ratsvorsitz zu übernehmen

Im Juli übernimmt die Slowakei zum ersten Mal den halbjährlich rotierenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Der slowakische Ratsvorsitz wird der 116. Vorsitz in der Geschichte der EU sein. Die Slowakei wird den Stab von den Niederlanden übernehmen und ihn dann an Malta weiterreichen.

Der slowakische Vorsitz wird sich auf eine Reihe von für die EU besonders wichtigen Themen konzentrieren, wie etwa Fragen des Binnenmarktes, der Energieunion, der Kohäsionspolitik, der Kapitalmarktunion, der Halbjahresbilanz des MFR 2014-2020, des EU-Haushalts für das Jahr 2017 und der Erweiterung.

Über die seit langem anstehenden Tagesordnungspunkte hinaus werden die Migrationskrise, die Änderung der Dublin-Verordnungen sowie der Kampf gegen den Terrorismus ganz oben auf der Agenda stehen. Zudem wird sich die Slowakei im Laufe ihres Vorsitzes mit anderen Entwicklungen befassen, darunter auch dem Ergebnis des Referendums im Vereinigten Königreich.

In der Slowakei liegt das Interesse der Öffentlichkeit an EU-Themen, auch europaweit gesehen, auf einem historischen Tiefpunkt. Der Vorsitz wird Gelegenheit

bieten, mit der Öffentlichkeit in Kontakt zu treten und EU-Themen sowie die Rolle der Slowakei in der EU zu diskutieren.

Die Zusammenarbeit zwischen dem EWSA und dem Vorsitz ist recht eng. Die slowakische Regierung hat den Ausschuss um vier Sondierungsmaßnahmen zu folgenden Themen ersucht:

- Auswirkungen technischer Entwicklungen auf das System der sozialen Sicherheit und das Arbeitsrecht;
- Halbjahresbilanz von Horizont 2020;
- Neugestaltung des Strommarktes und mögliche Auswirkungen auf schutzbedürftige Verbraucher;
- Zukunftsfähige Rechtsetzung.

Die außerordentliche Sitzung des Präsidiums wird am 14. Juni in Bratislava stattfinden.

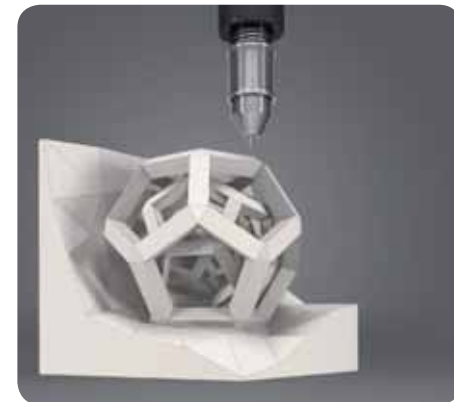
Die endgültige Fassung des Programms des slowakischen Vorsitzes wird im Juni angenommen und von Ivan Korčok, Staatssekretär des Ministeriums für auswärtige und europäische Angelegenheiten der Slowakischen Republik und Bevollmächtigter der Regierung für den slowakischen Ratsvorsitz der Europäischen Union, in der EWSA-Plenartagung am 13. Juli erläutert. (as/mb/ns/pbs)

EWSA fordert digitale Inklusion und Förderung der digitalen Kompetenz aller EU-Bürger

Am 21. April befassten sich Vertreter aus Industrie, Politik und Zivilgesellschaft auf dem Digital Day 2016 mit den Gefahren und Chancen der digitalen Wirtschaft, möglichen Wegen zur digitalen Inklusion und dem Risiko der digitalen Ausgrenzung. Bei dem von EWSA und Confrontations Europe gemeinsam organisierten Event wurde über die digitale Wirtschaft als wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Förderung von Medienkompetenz, die Notwendigkeit von Umschulungsmaßnahmen sowie die Rolle der Zivilgesellschaft diskutiert.

Nach Meinung des EWSA ist die digitale Wirtschaft für die EU-Mitgliedstaaten von strategischer wirtschaftlicher Bedeutung. Digitale Daten sind mittlerweile Grundlage der Tätigkeiten in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, der Kultur sowie der Sozial- und Gesundheitsdienste. Eine innovative Nutzung dieser Daten trägt wesentlich zu einer höheren Produktivität der EU-Wirtschaft bei. Allerdings gibt der EWSA zu bedenken, dass das Potenzial einer wissensbasierten Wirtschaft nur dann umfassend zum Tragen gebracht werden kann, wenn den Arbeitnehmern über (Um)Schulungsmaßnahmen die für die neuen Berufsbilder und neuen Wirtschaftsgebiete erforderlichen Kompetenzen vermittelt werden – zumal Prognosen zufolge im Jahr 2020 für 80 % der Arbeitsplätze digitales Wissen und digitale Kompetenzen erforderlich sein werden.

Auf dem Digital Day machte der EWSA geltend, dass es ein Grundrecht auf den Zugang zu IT-Infrastruktur und



© shutterstock/arenemho Sergii

-Tools geben muss, damit der digitale Wandel allen zugutekommen kann. Nach Ansicht des EWSA sollten die EU und die Mitgliedstaaten die digitale Teilhabe durch eine lebensbegleitende Vermittlung von IKT-Kompetenzen gewährleisten. Besonderes Augenmerk sollte schutzbedürftigen gesellschaftlichen Gruppen gelten. Der Zivilgesellschaft kommt dabei eine wichtige Rolle zu – der EWSA fordert die EU und die nationalen und lokalen Behörden auf, im Rahmen bestehender Dialogstrukturen mit Vertretern der Zivilgesellschaft darüber zu beraten, welche realen Erfordernisse im digitalen Bereich im Einzelnen bestehen. (sg)

Das menschliche Gesicht der Flüchtlingskrise – Ausstellung von Giles Duley im EWSA



Giles Duley im EWSA

Im Nachgang zu seiner eigenen Arbeit über Flüchtlinge und Migration zeigt der EWSA derzeit eine Fotoausstellung des international renommierten Fotografen und ehemaligen Kriegsberichterstatters Giles Duley. Zu sehen sind Porträts zahlreicher Männer, Frauen und Kinder, die das Mittelmeer überquert haben und auf der griechischen Insel Lesbos gelandet sind.

Der Brite Giles Duley ist bekannt für seine Bilder, die menschliche Tragödien und Folgen von Konflikten darstellen. Die Ausstellung ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR).

Bei der Eröffnung der Veranstaltung erklärte EWSA-Präsident Georges Dassis: „Die Grenzsicherheit darf nicht zu einer Zurückweisung von Menschen führen, die aus humanitären Gründen Schutz benötigen.“ Giles Duley sagte seinerseits: „All das hätte man auf keinen Fall

zulassen dürfen. Ich war schockiert und überwältigt von dem, was ich sah“, und Sophie Magennis vom UNHCR kommentierte: „Diese Fotos geben den Stimmlosen eine Stimme und den Gesichtlosen ein Gesicht. Die Flüchtlingssituation in Europa lässt sich bewältigen, wenn die Anstrengungen koordiniert werden. Wir brauchen endlich ein echtes, auf wirklicher Solidarität fußendes gemeinsames europäisches Asylsystem.“

Giles Duleys persönliche Erfahrungen haben seine humanitäre Arbeit stark geprägt: Er selbst wurde in Afghanistan schwer verletzt, als er seiner Leidenschaft, der Fotografie, nachging. Doch trotz seiner Verletzungen war er fest entschlossen, wieder als Fotograf zu arbeiten. In seiner vorherigen Ausstellung One Second of Light wurden die verheerenden menschlichen Folgen kriegerischer Auseinandersetzungen dargestellt. Die Ausstellung läuft bis zum 20. Mai. (mm)

Außenpolitik beginnt zuhause

Die neue EU-Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik

In seiner kürzlich verabschiedeten Stellungnahme zur vorgeschlagenen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik unterstreicht der EWSA den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik und erklärt, dass die europäischen Werte durch die soziale Ungleichheit innerhalb der EU ausgehöhlt werden. „Das Konzept einer stärker strukturierten, gemeinsamen und wirksamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik erscheint nicht realistisch, ohne die zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten anzugehen“, so José María Zufiaur Narvaiza, Berichterstatter für die Stellungnahme: „Europa muss sich bemühen, seine Position als ‚Verfechter der Gleichheit‘ und ‚Förderer von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand‘ zu bekräftigen.“

Die Verteidigung der Demokratie im Ausland bedeute die Förderung einer starken Zivilgesellschaft zuhause. Dies sei „für den Aufbau engerer Beziehungen zur Zivilgesellschaft in anderen Ländern von zentraler Bedeutung.“ Nach Auffassung des EWSA sind jetzt mehr EU-Mittel für das auswärtige Handeln notwendig – ebenso wie die Ebnung des Wegs zum Beitritt für die Bewerberländer, eine wirksame gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Reaktionen auf den Zustrom von Flüchtlingen und Migranten sowie die Förderung von Handel und Investitionen. (mm)

Die EU-Luftverkehrsstrategie wird nur mit Unterstützung sämtlicher Akteure gelingen, betont der EWSA

Wirtschaftsvertreter, politische Entscheidungsträger und verschiedene Akteure kamen anlässlich der vom EWSA am 21. April veranstalteten öffentlichen Anhörung zum Thema „Verwirklichung der EU-Luftverkehrsstrategie“ zusammen. Die Anhörung, in deren Mittelpunkt die von der Kommission im Dezember 2015 vorgelegte Luftverkehrsstrategie und ihre Auswirkungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Wirtschaftswachstum und die Einbeziehung der Interessenträger stand, wird einen Beitrag zu den Arbeiten des EWSA zu seiner Stellungnahme zum Luftverkehrspaket leisten.

„Mit der Luftverkehrsstrategie sollte ein investitionsfreundlicheres Klima geschaffen werden, um EU-Investoren Anreize zu bieten. Auf diese Weise werden die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors gesteigert und seine Bedeutung für die Wirtschaft insgesamt gestärkt und somit Wachstum und Beschäftigung gefördert“, erklärte Jacek Krawczyk, EWSA-Berichtersteller für die Luftverkehrsstrategie.

„Wir müssen dafür sorgen, dass die europäische Luftfahrt ihre Führungsposition behält“, sagte Violeta Bulc, für Verkehr zuständiges Kommissionsmitglied, in ihrem Impulsreferat.

Der EWSA unterstützt den ganzheitlichen Ansatz der Kommission. Die Strategie hat nur dann Aussichten auf Erfolg, wenn sie die breite und nachhaltige Unterstützung sämtlicher Akteure des Luftfahrt-Wertenetzes findet. Mit der Stellungnahme des EWSA soll u. a. ermittelt werden, welche Anreize erforderlich sind, um dafür zu sorgen, dass die Strategie für alle Beteiligten attraktiv und vorteilhaft ist: die EU-Mitgliedstaaten, Fluggesellschaften, Flughäfen, Flugnavigationdienstleister, Hersteller, Gewerkschaften, Umweltschützer und Verbraucherverbände. (sg) ●

HOFFNUNG FÜR EUROPA! Kultur, Städte und neue Konzepte

Wie können die Kultur und die Städte dazu beitragen, Europa Hoffnung und ein neues Konzept zu geben? Wie kurbelt Kultur das Wirtschaftswachstum an? Wie können die Städte kulturelle Vielfalt in soziale Innovation, Zusammenhalt und Vertrauen verwandeln? Und wie können im Gegenzug Kultur und Künste zur Entwicklung und Erneuerung der Städte beitragen und ihnen eine neue Identität verleihen? Welche Rolle können Kunst und Kultur bei der Ausgestaltung und Stärkung der europäischen Identität und der Beziehungen zu unseren Nachbarn spielen? Ist es Zeit für eine neue Renaissance für ein neues Europa?

Diese und andere Fragen sollen auf der hochrangigen Konferenz in Brüssel am 20./21. Juni 2016 diskutiert werden, die von der Gruppe Verschiedene Interessen des

Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) unter der Leitung ihres Vorsitzenden Luca Jahier in enger Partnerschaft mit dem Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments, dem Europarat und dem Brüsseler Kulturzentrum Bozar organisiert wird. Auf der Veranstaltung soll untersucht werden, inwieweit, warum und wann die Kultur in Europa heute von Bedeutung ist.

Konkret wird es um vier Themen gehen:

- *Kultur als treibende Kraft für Wirtschaftswachstum*
- *Kultur als Instrument zur Entwicklung von Städten und Gebieten*
- *Kultur als Mittel zur Integration und Inklusion*
- *Neugestaltung der europäischen Identität in Europa und darüber hinaus*



Luca Jahier, Vorsitzender der Gruppe Verschiedene Interessen

Zudem wird im Rahmen der Konferenz die gleichnamige Studie vorgestellt, die der EWSA bei Culture Action Europe sowie United Cities and Local Government (UCLG-Agenda 21) in Auftrag gegeben hat.

Am Abend des 20. Juni wird im EWSA eine Kulturveranstaltung stattfinden, bei der gezeigt werden soll, wie die Kultur ein globales Instrument des Dialogs, der Verständigung und des Friedens werden kann. (cl) ●

Künftiger maltesischer EU-Ratsvorsitz – Beteiligung der Gruppe Arbeitgeber

Die Vorbereitung des künftigen maltesischen EU-Ratsvorsitzes war eines der Themen für den Arbeitsbesuch des Vorsitzenden der Gruppe Arbeitgeber, Jacek Krawczyk, in Malta. Der Vorsitzende erklärte, dass die Gruppe bereit sei, sowohl mit den maltesischen Arbeitgeberorganisationen als auch mit der Regierung aktiv zusammenzuarbeiten, um den Ratsvorsitz vorzubereiten.

Alle großen maltesischen Arbeitgeberorganisationen (Kammer für Handel, Unternehmen und Industrie, Hotel- und Gaststättenverband,



Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber mit dem maltesischen Minister für europäische Angelegenheiten, Ian Borg

Groß- und Einzelhandelsunion, „Malta Business Bureau“) sind an der Vorbereitung des

Ratsvorsitzes beteiligt. Sie werden vier zentrale Themen festlegen, die die Agenda der Arbeitgeber für den Ratsvorsitz bilden sollen. Diese Agenda soll dann dem maltesischen Premierminister und den parlamentarischen Staatssekretär sowie den wichtigsten Arbeitgeberorganisationen in Brüssel vorgelegt werden.

Malta übernimmt zum ersten Mal den EU-Ratsvorsitz im Januar 2017 (im Anschluss an die für das zweite Halbjahr 2016 vorgesehene slowakische Präsidentschaft). (lj) ●

Gewerkschaften und das britische EU-Referendum

Am 21. April kam der erweiterte Vorsitz der Gruppe Arbeitnehmer mit britischen Gewerkschaften in London zusammen, um über das britische Referendum zu diskutieren. Die weitaus meisten Gewerkschaften im Vereinigten Königreich sprachen sich für den Verbleib in der EU aus, da, wie mehrere Vertreter betonten, Europa allen Chancen in puncto Rechte, Beschäftigung und wirtschaftlichen Wohlstand biete.

Die im Auftrag der Gruppe Arbeitnehmer vom Labour Research Department erstellte Studie werde genau zum richtigen Zeitpunkt veröffentlicht, so die Teilnehmer – nämlich jetzt, da die britische Regierung ein Gewerkschaftsgesetz einbringe, das die größte Beschneidung der Gewerkschaftsrechte seit 30 Jahren bedeute. In dieser Studie (*The crisis and the Evolution of Labour Relations in the UK*, abrufbar auf: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.group-2-studies.39081>) wird die Gesetzesvorlage erläutert mit dem Fazit, dass einige unter der konservativen Regierung ergriffene Maßnahmen das Machtverhältnis in einer



Der erweiterte Vorsitz der Gruppe Arbeitnehmer mit britischen Gewerkschaften in London

Reihe von Beschäftigungsfragen zugunsten der Arbeitgeber verschoben haben.

Die Teilnehmer waren deshalb der Ansicht, dass die britischen Arbeitnehmer durch den Verbleib in der EU besser aufgestellt seien, wo der soziale Besitzstand sie vor derartigen Angriffen auf ihre Rechte schütze, und dass die Arbeitnehmer im Vereinigten Königreich und in der EU ein gemeinsames Interesse an einer Zusammenarbeit zur Verbesserung des sozialen Europas hätten.

Das Treffen endete mit einer positiven Botschaft, in der die Teilnehmer ihre Unterstützung für ein gerechtes und soziales Europa und ihre Entschlossenheit bekräftigten, gegen das britische Gewerkschaftsgesetz und jeglichen Versuch einer Beschneidung der Arbeitnehmerrechte in Großbritannien oder anderswo vorzugehen. Die vor Kurzem von der Europäischen Kommission vorgeschlagene „Säule sozialer Rechte“ bietet den Gewerkschaften für diese gemeinsame Aufgabe eine solide Grundlage. (mg/fs) ●

EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)
Daniela Marangoni (Redakteurin)

Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Anna Skulavikova (as)
Caroline Alibert-Deprez (cad)
Chloé Lahousse (cl)
Daniela Marangoni (dm)
Dielhak Raguragai (dr)
Francisco Soriano (fs)
Leszek Jarosz (lj)
Marian Brestovansky (mb)
Margarita Gavanias (mg)
Milen Minchev (mm)
Natalia Schneiderova (ns)
Paola Braga Sunye (pbs)

Coordination:

Agata Berdys (ab)

Redaktionsschluss:

4. Mai 2016

Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques-Delors-Gebäude,
Rue Belliard/Belliardstraat 99,
B-1040 Brüssel, Belgien
Tel. (+32 2) 546.94.76
Fax (+32 2) 546.97.64
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses.

Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:

URL: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 6 500 Exemplare

Nächste Ausgabe: Juli 2016

GEDRUCKT AUF 100% RECYCLINGPAPIER

Mai 2016 / 5



Am für Veröffentlichungen